

**Haushaltsrede 2010**  
**Ratssitzung vom 10. März 2010**  
(Es gilt das gesprochene Wort)  
Redezeit ca. 24 Min.

**Rolf Stratmann**  
**CDU-Fraktionsvorsitzender**

Sehr geehrter Herr Ratsvorsitzender,  
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
meine sehr verehrten Damen und Herren,

hätte mir vor drei Jahren jemand gesagt,

was in den Jahren 2007 bis 2009 auf uns zu-  
rollt,

hätte ich ihn sicher für verrückt erklärt.

Inzwischen wurde über die Ursachen und Aus-  
wirkungen der Krise genug berichtet,

zudem trauen sich die Forschungsinstitute wieder verlässlichere Voraussagen zu als noch vor einem oder zwei Jahren.

Im Höhepunkt der Krise hatten die Hellseher Konjunktur - die Ereignisse waren wissenschaftlich kaum vorauszusagen,

Inzwischen sagt die Bundesbank dem Bruttoinlandsprodukt des Jahres 2010 wieder eine Steigerung von immerhin 1,6% gegenüber 2009 voraus,

verweist aber auf wahrscheinlich steigende Arbeitslosenzahlen in den Jahren 2010 und 2011.

Hoffen wir,

dass es nicht so schlimm kommt wie prognostiziert – das wäre nur eine weitere Katastrophe für unsere Stadt wie auch die Stadtkasse.

Vielmehr,

als auf den kölschen Grundsatz „ es hätt' noch immer jot jejange“ zu vertrauen,

bleibt uns aber nicht.

Trotz der großen Erfolge von Oberbürgermeister und CDU-Ratsfraktion beim Schuldenabbau in den Jahren 2007 und 2008 ist nunmehr trotz aller Voraussicht ein Schuldenaufbau unvermeidlich.

Unsere Einnahmen aus der Gewerbesteuer liegen weiterhin am Boden und werden sich auch auf kürzere Sicht nicht erholen.

Zudem wird der vergangene harte Winter nicht nur bleibende Spuren in der für den Bürger unsichtbaren Stadtkasse hinterlassen,

er hinterlässt auch ganz reale und buchstäblich erfahrbare Löcher in den Straßen unserer Stadt.

Allein hierfür müssen wir 6,5 Mio € einplanen,  
die wir natürlich nicht aus der Portokasse nehmen können.

Wer trotz dieser schwierigen Lage und der vielen Unsicherheiten verantwortlich handeln will,

kann nach meiner Ansicht nur eines tun:

er muss absolute Vorsicht walten lassen,

er muss kostspielige Extrawünsche entschieden ablehnen

und darf an Investitionen nur das Nötigste durchführen.

Die Folgen der Krise werden uns noch lange erhalten bleiben.

Bundesbankpräsident Weber sagt sogar voraus,

dass die eigentlichen Herausforderungen

– etwa die Herbeiführung eines Strukturwandels –

uns noch bevorstehen.

Wollen wir tatsächlich wie von Bundeskanzlerin Merkel gefordert stärker aus der Krise herausgehen, als wir hineingerutscht sind,

dürfen wir keine weiteren Wechsel auf die Zukunft ausstellen.

Die CDU hält sich dementsprechend bei den Zusatzanträgen zum Haushalt stark zurück

und unterstützt den sparsamen, aber in allen Belangen ausgeglichenen Haushalt von Oberbürgermeister Klingebiel.

Die CDU beschränkt sich im Wesentlichen auf Verschiebungen innerhalb des Investitionsprogramms von 2011 bis 2014,

für das Jahr 2010 beantragen wir getreu unserer Philosophie nur das Allernötigste.

So wollen wir in das Jahr 2010 nur zwei Maßnahmen vorziehen,

die unter anderem aufgrund des vergangenen Winters besonders dringlich sind:

zum einen die grundhafte Sanierung der Peiner Straße von den Kreuzungen Weißestraße bis zur Industriestraße Mitte

und zum anderen die Erneuerung des östlichen Teils des Sonnenbergwegs in Salzgitter-Gebhardshagen.

In dem Abschnitt der Peiner Straße vom Autohaus Strube bis zum Elektromarkt Mega Company reiht sich ein Schlagloch an das andere, die Straße befindet sich in einem stark abgängigen Zustand.

Auch der östliche Teil des Sonnenbergwegs in Salzgitter-Gebhardshagen bis hinauf zum Wendehammer muss dringend renoviert werden

und soll daher nach unseren Vorstellungen in das Jahr 2010 vorgezogen werden.

Für 2011 haben wir den unteren Teil der Friedrich-Ebert-Straße in Salzgitter-Bad vorgesehen. Sie bedarf endgültig einer umfassenden Lösung.

Die ASG hatte vor kurzem den Abschnitt von der Wiesenstraße bis zum Mahner Berg teilweise wieder hergestellt und so zu einem Mindestmaß an Benutzbarkeit beigetragen.

Insbesondere in dem Abschnitt von der Eichendorffstraße bis zur Wiesenstraße befindet sich die Friedrich-Ebert-Straße jedoch immer noch in einem geradezu traurigen Zustand.

Wir fordern daher,

dass bereits in 2011 mit den Arbeiten am unteren Teil der Friedrich-Ebert-Straße begonnen wird -und nicht erst in 2013 wie geplant.

Dafür möchten wir statt der damals vorgesehenen 2,2 Mio € für die gesamte Straße nur 1,3 Mio € einsetzen.

Ggf. findet sich sogar noch eine Finanzierung über Haushaltsreste anderer Maßnahmen,

dann können die Anwohner und ihre Besucher schon ein Jahr früher endlich auf einer akzeptablen Straßendecke fahren.

Schließlich möchten wir die Danziger Straße in Salzgitter-Thiede wieder in das Städtische Investitionsprogramm aufnehmen.

Nachdem es zunächst aufgrund der Haushalts-situation zurückgestellt wurde,

möchte meine Fraktion das Vorhaben für 2014 in das Investitionsprogramm einstellen

und mit rund 1,4 Mio € ausstatten.

Damit besteht genügend Bewegungsfreiheit,

die Danziger Straße in einen gut benutzbaren Zustand zu versetzen.

Auf der anderen Seite möchten wir aber auch nicht so drängende Maßnahmen nach hinten schieben

oder aus dem bis 2014 laufendem Investitionsprogramm streichen.

So sehen wir keine Notwendigkeit, die Zingelstraße in Salzgitter-Heerte schon in 2011 auszubauen.

Verschieben wir die Maßnahme um drei Jahre nach hinten,

haben wir in 2011 einen Betrag von 700.000 € zusätzlich zur Verfügung.

Zudem halten wir die Sanierung der Querverbindung Sudetenstraße in Salzgitter-Watenstedt ebenfalls nicht für kurz- oder mittelfristig erforderlich.

Wir verschieben daher die für 2012 vorgesehenen 550.000 € in das Jahr 2014.

Schließlich möchten wir angesichts des Zustands der Wallmodener Straße in Salzgitter-Ringelheim die für 2014 vorgesehene Sanierung dieser Straße komplett aus dem Programm streichen.

Diese Straße befindet sich in einem akzeptablen Zustand,

zudem wird der grundhafte Ausbau von weiten Teilen der Anwohner sogar abgelehnt.

Meine Haltung dazu ist klar:

Um den Anwohnern der Wallmodener Straße eine Straßenerneuerung zu schenken,

die sie gar nicht möchten,

fehlt uns derzeit einfach das Geld.

Wenn wir das Investitionsprogramm verlassen und auf den Ergebnishaushalt schauen,

gibt es von unserer Seite nur einen Antrag zu berichten:

Die CDU-Ratsfraktion beantragt die Kürzung der Ortsratsmittel um 50%.

Neben den Fachdiensten müssen auch die politischen Fraktionen ihren Anteil zu den Sparanstrengungen der Stadt erbringen.

Im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes haben die Ratsfraktionen bereits ihren Teil beigetragen und einer Kürzung ihrer Zuschüsse zugestimmt.

Eine weitere Kürzung würde allerdings die Arbeit der Fraktion massiv beeinträchtigen, so dass wir den FDP-Antrag in diesem Punkt nicht zustimmen werden.

Bei den Ortsräten kommt dazu,

dass diese in der Vergangenheit häufig Schwierigkeiten hatten,

ihre gesamten Gelder zweckentsprechend zu vergeben.

In Zeiten knapper Kassen müssen wir Ratsherren aber fragen,

ob die Gelder unter diesen Umständen tatsächlich in der gegenwärtigen Höhe benötigt werden

oder nicht zumindest teilweise gekürzt werden sollten.

Dies sage ich bei allem Respekt für Oberbürgermeister Klingebiel,

der die Ortsratsmittel in voller Höhe beibehalten will.

Frank Klingebiel möchte damit seine besondere Wertschätzung für die Institution Ortsrat zum Ausdruck bringen.

Für die CDU-Ratsfraktion kann ich sagen,

dass auch wir weiterhin zur Institution Ortsrat stehen

und ihre Arbeit auf der lokalen Ebene sehr schätzen.

Die Mitglieder der Ortsräte geben uns wertvolle Hinweise aus den Ortsteilen für unsere Arbeit

und sind bei uns als Gesprächspartner zu besonderen lokalen Themen sehr geschätzt.

Wir fordern die Ortsräte aber gleichzeitig auf,

sich ihrer Verantwortung für die Gesamtstadt bewusst zu sein und ebenfalls Mittel freiwillig zu sparen!

Damit würden sie ihrer Verantwortung gegenüber der Stadt gerecht werden.

Unseren Antrag auf Kürzung der Ortsratsmittel ziehen wir zurück, da offensichtlich eine Mehrheit des Rates etwas anderes will.

Wir werden dieses Thema aber weiter verfolgen.

Herr Ratsvorsitzender,  
meine Damen und Herren,

die anderen Fraktionen dieses Rates haben  
zum großen Teil offenbar meine Bitte aus der  
letztjährigen Haushaltsrede,

sich mit weiteren Ausgabenwünschen stark zu-  
rückzuhalten,

behalten und verinnerlicht.

SPD, FUW und FDP halten sich mit Extrava-  
ganzen zurück und beantragen nur das Not-  
wendigste, insoweit war es auch nicht so  
schwierig eine Einigung in den wesentlichen  
Punkten mit diesen Fraktionen zu erlangen.  
Für diese konstruktiven Gespräche und gefun-  
denen Kompromisse möchte ich mich aus-  
drücklich bedanken.

Allein die Fraktion der LAS/Grünen ist hier mu-  
tiger und beantragt allein für den Stellenplan

Mehrausgaben netto von rund 330.000 € - und das pro Jahr.

Wo soll das Geld dafür herkommen?

Ich komme später darauf zurück.

Um jedoch einen möglichst breiten Konsens für den Haushalt 2010 herzustellen,

haben wir wie bereits erwähnt intensiv mit den anderen Fraktionen beraten

und uns auch auf Kompromisse eingelassen,

wo es möglich war.

So stimmen wir beispielsweise dem SPD-Antrag zur Einstellung weiterer Mittel für Mittagsversorgung an Ganztagschulen zu.

Ich weise aber schon jetzt darauf hin,

dass diese Erhöhung zum großen Teil unnötig sein wird.

Im vergangenen Haushaltsjahr wurden die angesetzten Mittel nur zu einem sehr geringen Teil ausgenutzt.

Die Mittagsversorgung an Ganztagschulen hat ein Akzeptanzproblem,

das offenbar nicht am Preis des Essens festzumachen ist,

sondern vielmehr an dessen Attraktivität.

Trotz preisgünstigen Mittagessens verpflegen sich die Schüler lieber auswärts an Kiosken und Imbissgeschäften.

Der eigentliche Auftrag sollte also lauten,

das Mittagessen nicht günstiger oder gar kostenlos zu machen,

sondern vielmehr dessen Anziehungskraft auf die Schülerinnen und Schüler zu steigern.

Erst wenn dies gelingt,

werden auch mehr Mittel von der Stadt abgerufen.

Die Idee der Errichtung eines wohnortnahen Jugendtreffs in der Ost- und Westsiedlung,

wie sie die SPD seit längerem und jüngst mit dem Antrag zu diesem Haushalt wiederholt verfolgt,

sehen wir weiterhin skeptisch.

Einer sofortigen Einrichtung hätten wir nicht zugestimmt,

konnten uns aber mit der SPD auf einen akzeptablen Zwischenweg einigen:

Die Stadt erstellt zunächst eine Bedarfsanalyse und legt dann das Projekt den Ratsgremien erneut zur Beschlussfassung vor.

Zudem wird schon jetzt festgeschrieben,

dass wir für den evtl. neuen Jugendtreff keinen Neubau errichten.

Vielmehr sollen leerstehende Räumlichkeiten in der Siedlung genutzt werden.

Die Fraktion der LAS und der Grünen hat eine Flut von Haushaltsanträgen gestellt,

ich habe die stolze Anzahl von 45 Anträgen gezählt.

Herr Fleischer, ich hatte Ihnen bereits angedeutet,

dass wir mit den oben angesprochenen Zusatzanträgen zum Stellenplan massive Probleme haben.

Wenn Sie dann noch die Auswirkungen des jüngsten Tarifabschlusses dazunehmen,

überschreiten Sie die Grenze des Machbaren.

Meine Fraktion ist abschließend auch bei dieser Meinung geblieben,

deshalb können wir Ihren Anträgen zum Stellenplan nicht zustimmen.

Im Gegensatz zu früheren Jahren haben LAS/Grüne diverse Sparvorschläge gemacht,

was wir im Grundsatz begrüßen.

Auch hier können wir diesen zum Teil nicht zustimmen.

So geht die Fraktion von sinkenden Zinsaufwendungen in sechsstelliger Höhe aus.

Stellt man das aktuelle Zinsniveau,

die angesprochene Entwicklung der Kassenlage sowie die Erwartungen der Wirtschaftsforschung entgegen,

ergibt sich jedoch ein ganz anderes Bild.

Das Zinsniveau mag noch für einige Zeit auf diesem extrem niedrigen Niveau bleiben,

weiter sinken wird es aber nicht.

Auch der Städtische Schuldenstand wird sich nicht so stark verringern,

dass eine Reduzierung um 100.000 Euro sowohl für Investitions- wie auch Liquiditätskredite gerechtfertigt wäre.

Trotz aller Kritik möchten wir jedoch zwei Anträgen von LAS/Grünen ausdrücklich zustim-

men:

Wir halten es für eine sehr gute Idee,

an den Treppenabgängen zur Tiefgarage in Salzgitter-Bad verschließbare Türen zu installieren und diese in den Nachtstunden zu verriegeln.

So stellen wir sicher,

dass es spätabends und nachts nicht wieder zu unliebsamen Vorgängen in der Tiefgarage kommt.

Es war übrigens eine alte Forderung der CDU !

Zudem halten wir es für eine gute Idee,

die Straßenbeleuchtung auf energiesparende LED-Leuchtmittel umzustellen.

Wir fordern dabei aber,

dass die LED-Leuchtmittel dieselbe Leuchtkraft besitzen wie die herkömmlichen Lampen.

Sollte dies der Fall sein,

ist der Antrag sinnvoll und zielführend,

da er nebenbei auch eine Verringerung der Betriebskosten verspricht.

Daneben werden wir dem FDP-Antrag auf Kürzung der Ortsratsmittel zustimmen, ebenso den Anträgen der FUW.

Auch dem Antrag der FUW auf Zusammenlegung der TSG und SFS. Es gibt dazu im übrigen auch einen Ratsbeschluss.

Allerdings wollen wir mit unserem Ergänzungsantrag erreichen, dass der KSB mit einbezogen wird, da nach unserer Meinung letztlich die Aufgaben, d.h. die Vergabe der Mittel über den KSB erfolgen sollen und dieser damit auch erheblich gestärkt wird.

Meine Damen und Herren,

der aufgrund der Finanzkrise gestiegene  
Schuldenstand sollte uns allen eine Mahnung  
sein.

Wo wären wir eigentlich,

wenn wir den zahllosen Wünschen nach Mehr-  
ausgaben im Haushalt 2009 nachgegeben hät-  
ten?

Dazu passt am besten der Spruch:

„Wenn Sie durch die Hölle gehen, sollten Sie  
nicht stehen bleiben“.

Hätten wir damals zahlreiche und vor allem  
kostspielige Mehrausgaben beschlossen,

wären wir auf unserem Weg nicht nur stehen  
geblieben,

sondern sogar rückwärts gegangen.

Damals konnten wir den Wünschen widerstehen,

heute bekennen sich fast alle Fraktionen zum Ziel der Sparsamkeit.

Die CDU-Ratsfraktion hat dabei vorgemacht,

was nun in aller Munde ist:

Solide Finanzen, verantwortliches Wirtschaften und – wo irgend möglich – Schuldenabbau statt Schuldenaufbau.

Sie können sich darauf verlassen,

dass meine Fraktion sobald wie es geht auf die Rückzahlung der neuen Schulden drängt und eine weitere Rückführung der alten Schulden vorantreibt.

Wir denken an die nächsten Generationen,  
denn die haben die Suppe auszulöffeln, die  
durch unnötige oder unsinnige Ausgaben und  
damit Schulden entsteht.

(PAUSE)

Schaut man über den Tellerrand der Haus-  
haltsberatung,

gibt es auch sonst in 2010 viel zu tun und viel  
zu entscheiden.

Da ist zum einen das Thema Interkommunale  
Zusammenarbeit,

das schon am nächsten Montag auf der Tages-  
ordnung des Rates steht.

Bereits Ende 2004 wurde eine Grundsatzver-  
einbarung zur Interkommunalen Zusammenar-  
beit zwischen den Landkreisen Goslar und Wol-

fenbüttel sowie der Stadt Salzgitter unterzeichnet.

Im Jahr 2009 erfolgte eine umfangreiche Untersuchung einer Unternehmensberatung,

die die Gründung einer gemeinsamen Veterinär-, Verbraucherschutz-, und Gesundheitsbehörde vorschlug.

Als Rechtsform favorisierte die Unternehmensberatung eine Anstalt des Öffentlichen Rechts.

Nach umfangreichen Diskussionen mit den beteiligten Kreistags- und Stadtratsfraktionen ergab sich,

dass das Projekt zumindest in der gegenwärtig geplanten Rechtsform im Kreistag von Wolfenbüttel erhebliche Probleme bekommen würde.

Nachvollziehbar ist dies nicht!

Wir stehen wie Oberbürgermeister Klingebiel weiterhin für die Einrichtung dieser gemeinsamen Anstalt und werden sie auch weiterhin nach Kräften fördern.

Ich fordere daher von hier die Kreistage von Wolfenbüttel und Goslar, aber auch die SPD-Ratsfraktion auf,

sich unserem gemeinsamen Vorhaben nicht zu verschließen und ihm geschlossen zuzustimmen.

Die IKZ in diesem Bereich bietet die seit langem gewünschte strategische Perspektive für Synergiegewinne und Effektivität der Aufgabenerledigung.

Wir werden insbesondere nicht von oben gesteuert.

Wenn dieses kleine Projekt scheitert, wird es auch keine größeren Projekte geben!

Zwei Themen, die uns schon im vergangenen Jahr begleitet haben,

werden auch im kommenden Jahr unsere Aufmerksamkeit fordern:

Da ist zum einen das endlose Problem Schacht Konrad,

zum anderen das zusätzliche Problem der Einlagerung von Atomabfällen aus dem Versuchsendlager Asse.

Das Problem des Asse-Abfalls erinnert mich ein wenig an das Problem der toxischen Bankbilanzen:

Keiner weiß, was drin ist – und keiner will es haben.

Auch wir wollen es nicht,

werden es aber bei Einlagerungsfähigkeit akzeptieren müssen.

Eines möchte ich in diesem Zusammenhang aber noch einmal wiederholen:

Einer Erweiterung der Betriebserlaubnis für Schacht Konrad werden wir uns entschieden widersetzen.

Ich bin gespannt, was am Montag in der Sondersitzung des Rates der Präsident des BfS Herr König dazu mitteilt.

Bissige Briefe des BfS sind sicherlich nicht förderlich.

Eine Entschädigung für die Einlagerungen im Schacht Konrad ist bis heute nicht in Aussicht, obwohl wir auf besten Wege waren.

Die vertraulichen Gespräche mit dem damaligen Umweltminister Grabriel und dem ehemaligen MdB Fromme waren sehr erfolgreich zum Abschluss gekommen.

Es fehlten nur noch die Unterschriften.

Nun durften wir stattdessen aus der Peiner Zeitung von einem Treffen von Umlandpolitikern

mit Ministern und Staatssekretären in Berlin erfahren.

Dort hat man sich,

wieder ohne unsere Beteiligung,

darauf geeinigt,

dass sich die Umlandgemeinden ein großes Stück von unserem Entschädigungskuchen abschneiden dürfen.

Schacht Konrad wird jedoch allein mit Salzgitter in Verbindung gebracht und allein wir haben den Schaden und den Aufwand.

Deshalb muss es so bleiben,

dass die Entschädigungen komplett nach Salzgitter fließen.

Abschließend möchte ich noch auf ein recht wichtiges Thema zu sprechen kommen,

das uns schon eingeholt und kalt erwischt hat:

Ich meine die notwendige und überfällige Gemeindefinanzreform.

Vor kurzem hat die Bundesregierung eine Kommission zur Reform der Gemeindefinanzen eingerichtet,

die insbesondere das den Gemeinden grundgesetzlich zustehende Recht auf eine eigene Steuerquelle neu ausgestalten soll.

Eine Reform der Gemeindefinanzen ist dringend notwendig.

Nach einer Aufstellung des Deutschen Städtetages ist der kommunale Finanzierungssaldo im Jahr 2009 um etwa 12 Milliarden Euro auf ein Defizit von – 4,5 Milliarden Euro geradezu abgestürzt.

Die kommunalen Steuereinnahmen werden nach dieser Aufstellung in 2010 nochmals um 5% bzw. weitere 3,2 Milliarden Euro sinken,

die kommunalen Sozialausgaben dagegen um 3,3 % allein in 2009 und noch einmal 4,6 % in 2010 steigen.

Für die Kosten der Unterkunft für Langzeitarbeitslose wird sogar eine Steigerung von 6,7% vorausgesagt.

Ziel der Gemeindefinanzkommission muss es daher sein,

die Einnahmen aus den Kommunalsteuern zu stabilisieren und zu verstetigen bzw andere sichere und dauerhafte Einnahmen für die Gemeinden und Städte zu schaffen.

Dass diese Reformen jedoch aufkommensneutral zu erfolgen haben,

wie in Berlin verschiedentlich gesagt wurde,

ist ein Widerspruch in sich:

Wenn die bisher stark volatilen kommunalen  
Steuereinnahmen verstetigt werden sollen,

muss in Schwächeperioden das Geld zwangs-  
läufig von der Bundes- oder Landesebene  
kommen.

Im Rahmen der Verstetigung der Einnahmen  
sollte auch die Abhängigkeit von den Jahreser-  
gebnissen etwaiger am Ort ansässiger Groß-  
konzerne sinken.

Diese Abhängigkeit führt in guten Jahren ledig-  
lich zu Begehrlichkeiten bei manchen Politikern,

während in schlechten Jahren manche kommu-  
nale Dienstleistung in Frage gestellt werden  
muss.

Für Salzgitter kann ich sagen,

dass wir sehr dankbar sind für den Beitrag,  
den die fünf Großunternehmen leisten.

Kommunale Leistungen müssen jedoch auch in wirtschaftlichen Dürrezeiten erbracht werden.

Deshalb ist eine weitgehend konjunkturstabile Ertragsseite für die Gemeinden so wichtig.

Die Kommission beabsichtigt, ihren Abschlussbericht möglichst noch in diesem Jahr vorzulegen.

Ich erwarte, aber fordere auch, dass ein für uns verträgliches Ergebnis dabei herauskommt.

Herr Ratsvorsitzender,  
meine Damen und Herren,

zum Schluss meiner Rede möchte ich noch

einmal auf das Zitat von vorhin zurückkommen.

Auf unserem Weg durch die Krise und hin zu einer Stabilisierung der Stadtfinanzen dürfen wir jetzt nicht stehen bleiben.

Wir tun es nicht beim Haushalt 2010,

dafür bin ich allen im Rat vertretenen Fraktionen sehr dankbar.

Wir dürfen aber auch nicht beim nächsten und übernächsten Haushalt stehen bleiben,

denn die Krise ist vielleicht am abklingen, aber noch lange nicht vorüber.

Die Bundesbank etwa sagt voraus,

dass die Erholung in 2010 nur in verhaltenem Tempo voranschreiten werde und die vergangene Erholung nicht von der privaten Nachfrage,

sondern im Wesentlichen von staatlichen Stützungsmaßnahmen getragen wurde.

Schaut man nach Watenstedt zur Salzgitter AG,

erfährt man dort von einem kürzlich vorgelegten Jahresabschluss mit einem Vorsteuerverlust von einigen Hundert Millionen Euro.

Obendrein drohen die Eisenerzeuger mit einer deftigen Preiserhöhung von 50%,

was die Profitabilität des Unternehmens zusätzlich belasten würde.

Deshalb müssen wir bei den Ausgaben weiterhin vorsichtig sein

und deshalb unterstützen wir die Sparanstrengungen der Verwaltung unter Oberbürgermeister Klingebiel nicht nur in diesem Jahr,

sondern auch in den Folgenden.

Ich fordere Sie alle auf, dies ebenfalls zu tun.

Wer im nächsten Haushalt mit Blick auf die Kommunalwahl 2011 Wahlgeschenke verspricht,

schenkt den Bürgern ein Trojanisches Pferd.

Von außen sieht es sicher schön aus, aber innen drin lauern Erhöhungen der kommunalen Steuern sowie der kommunalen Gebühren.

Um dieses weitgehend zu vermeiden,

werden wir den Bürgern klar sagen,

was wir uns leisten können und was Gebührenerhöhungen bedeutet.

Ich möchte jedoch nicht meine Rede beenden,

ohne der Kämmerei unter dem Stadtrat Grunwald und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Fachdienstes Haushalt und Finanzen für die harte Arbeit bei der Vorbereitung dieses Haushalts zu danken.

Zur Verdeutlichung der Leistungen der Mitarbeiter der Kämmerei reicht es mitzuteilen,

dass mich eine Mail von Herrn Friemel zum Haushalt an einem Samstagabend um kurz nach elf erreichte.

Meine Damen und Herren von der Kämmerei,  
vielen Dank!

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

